

Die Deflationsangst geht um

1. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die Begriffe „Inflation“ und „Deflation“ definieren.
2. die Gefahren derartiger konjunktureller Prozesse für eine Volkswirtschaft sowie Instrumente zu deren Bekämpfung erfassen.
3. erkennen, inwieweit derzeit Inflation bzw. Deflation in Europa drohen und die in diesem Zusammenhang wirkenden Einflussfaktoren identifizieren.

2. Aufgaben

1. *Definieren Sie die Begriffe „Inflation“ und Deflation“. Stellen Sie die wesentlichen Unterschiede zwischen beiden heraus.*
2. *Erläutern Sie die negativen Wirkungen von Inflation und Deflation in einer Volkswirtschaft. Beschreiben Sie die in diesem Zusammenhang wirkenden Interdependenzen.*
3. *Ermitteln Sie, inwiefern nach Ansicht von Experten derzeit eine Inflation bzw. Deflation in Europa und den USA droht. Legen Sie dar, inwieweit sich die Prognosen unterscheiden und welche Gründe hierfür verantwortlich sind.*
4. *Stellen Sie die zentralen Instrumente, die zur Bekämpfung derartiger konjunkturellen Fehlentwicklungen zur Verfügung stehen, dar. Benennen Sie die staatlichen Institutionen, die diese ggf. anwenden.*
5. *Analysieren Sie die aktuelle Diskussion um die „richtigen“ konjunkturpolitischen Maßnahmen. Stellen Sie die unterschiedlichen Positionen und Argumentationen einander gegenüber.*

Die Deflationsangst geht um

Konjunktur-Ausblick: Ist der Rückgang der Verbraucherpreise harmlos - oder droht aus der Rezession eine Depression zu werden?

Die Alarmzeichen sind unübersehbar: Nachdem die Verbraucherpreise in den USA im März auf Jahressicht erstmals seit mehr als fünf Jahrzehnten gesunken sind, warnt nun auch der Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, vor der Gefahr: „Wir haben heute das Problem der Deflation. Und die Konsequenzen der Deflation können fürchterlich für das Wachstum sein“, sagte er dem Handelsblatt.

Was in den USA bereits Realität geworden ist, dürfte Deutschland demnächst einholen: Auch hier werden die Verbraucherpreise voraussichtlich sinken. Die Großhandelspreise jedenfalls, die sich zumeist verzögert auf das Niveau der Verbraucherpreise auswirken, lagen im März bereits um acht Prozent unter dem Vorjahresmonat und fielen damit so stark wie seit 1987 nicht.

Dieser Preisverfall, der aus Kundensicht zunächst attraktiv wirkt, zählt zu den größten volkswirtschaftlichen Risiken. Unter Deflation verstehen Ökonomen einen anhaltenden Sturz des Preisniveaus, der zu einem Ausfall der Nachfrage führt: Denn die Verbraucher erwarten, dass Waren noch günstiger werden - und schieben geplante Käufe deshalb auf. Der Wert von Schulden steigt, Firmen nehmen kaum Kredite auf und investieren nicht mehr. Im schlimmsten Fall dämpft das die wirtschaftliche Aktivität derart, dass aus der Rezession eine Depression wird.

In der Europäischen Zentralbank (EZB) herrscht Uneinigkeit, ob dieses Szenario tatsächlich bevorsteht. Nach ihrer Inflationsprognose vom März erwartet die EZB im Jahresdurchschnitt 2009 eine Teuerung von 0,4 Prozent. Das schließe aber nicht aus, das möglicherweise zur Jahresmitte vorübergehend negative Werte erreicht werden, schreibt die Zentralbank. So unscharf diese Aussage ist, so zerstritten ist der EZB-Rat in der Frage nach den bevorzugten Mitteln zur Bekämpfung der Krise: „Ich fürchte, der Rat wird durch seine internen Querelen nach unten gezogen“, sagte Ken Wattret, Spezialist für den Euro-Raum bei BNP Paribas in London. Da bahne sich ein Kampf zwischen den Aktivisten und den eher Konservativen an.

Die Trennlinie in dem 22-köpfigen Gremium verläuft zwischen den dienstälteren Ratsmitgliedern und den Neuzugängen. Bundesbankpräsident Axel Weber hat als langjähriges Mitglied wiederholt erklärt, er sehe nicht die Gefahr einer Deflationsspirale. Am anderen Ende des Spektrums befinden sich der Gouverneur der griechischen Zentralbank, George Provopoulos, und der Präsident der Zentralbank von Zypern, Athanasios Orphanides. Beide gehören dem Rat erst seit 2008 an. Beide wollen die Tür für weitere Zinssenkungen und den Ankauf von Vermögenstiteln am Markt offen halten, um dem Deflationsrisiko begegnen zu können.

Deutschlands Politiker sind eher aus einem anderen Grund in Sorge: Statt Deflation sehen sie die Gefahr einer Inflation, sobald die Konjunktur wieder anspringt. Es werde derzeit „so viel Geld in den Markt gepumpt, dass die Gefahr einer Überlastung der Kapitalmärkte und einer weltweiten Inflation im Wiederaufschwung drohen könnte,

45 warnte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD). Als Wirtschaftsforscher bestärkt
DIW-Präsident Klaus Zimmermann diese Angst: Die Lage sei „brandgefährlich“.
Inflation drohe, wenn auf den Märkten zu wenig Güter auf zu große Nachfrage
stießen, die durch viel Geld angeregt werde. Nach seiner Ansicht trägt die
Bundesregierung wegen der steigenden Staatsverschuldung Mitverantwortung für eine
50 mögliche Inflation.

Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger sieht dies anders: „Für Deutschland besteht in
erster Linie ein ausgeprägtes Deflationsrisiko“, sagte er kürzlich „handelsblatt.com“.
Wegen der Absatzkrise der Unternehmen und der steigenden Arbeitslosigkeit werde
55 es „auf breiter Front zu Lohnzugeständnissen der Arbeitnehmer kommen.“ Diese
wirkten sich, wie das Beispiel Japans in den vergangenen 13 Jahren zeige, dämpfend
auf die Preisentwicklung aus.

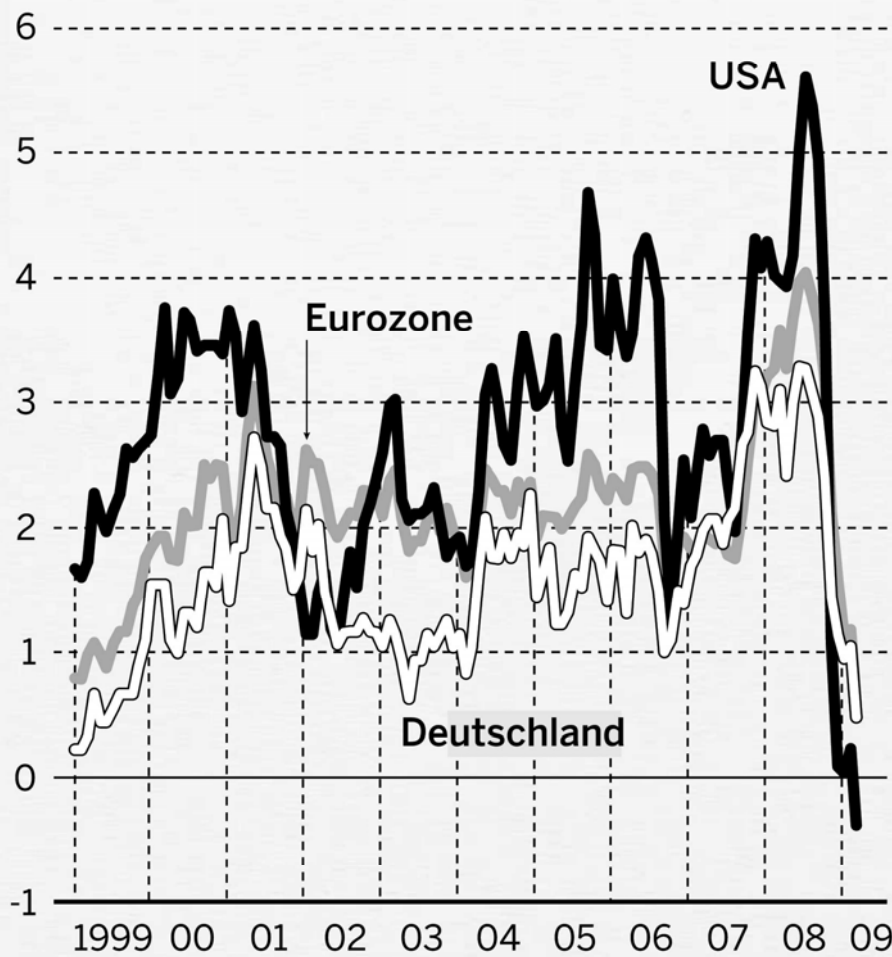
Noch allerdings ist es nicht so weit: Die rückläufigen Inflationsraten im
60 Jahresvergleich in Deutschland resultieren vor allem aus dem Sturz der Energiepreise.
Die sogenannte Kernrate der Inflation, die diese schwankungsanfälligen Preise nicht
berücksichtigt und daher ein wichtiges Inflationsbarometer der Währungshüter ist, lag
im März unverändert bei 1,8 Prozent. Manche Ökonomen schätzen, dass sich die
Kerninflationsrate bis zum Jahresende bei einem Prozent einpendelt. Das wäre ein
65 solides Terrain.

Dennoch werden die Zentralbanken auf dem Drahtseil die Balance suchen müssen:
Sie werden gegen eine Deflationsspirale kämpfen und gleichzeitig im Auge behalten
müssen, dass sie die überschüssige Liquidität rechtzeitig vom Markt nehmen.

70 *Quelle: Hess, D., Mitarbeit: Riedel, D./ Kurm-Engels, M., Handelsblatt, Nr. 075, 20.04.09, 4*

AngstszENARIO

Inflationsrate in Prozent



Handelsblatt | Foto: Ulrich Zillmann; Quelle: Thomson Datastream

Handelsblatt Nr. 75 vom 20.04.2009
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.